

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Carolin Bachmann, Roger Beckamp, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann und der Fraktion der AfD

Wohnen bezahlbar machen – Wärmewende stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Jahr 2023 wurden der Bau von 260.100 Wohnungen genehmigt. Das ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der niedrigste Stand seit 2012.¹ Demnach war der Rückgang bei Ein- und Zweifamilienhäusern besonders stark. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2024 nahtlos fort. So sank die Zahl der Baugenehmigungen in diesem Jahr im Januar um 23,5 %² und im Februar um 18,3 %³ jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieser dramatische Rückgang ist ein Frühindikator für den Wohnungsbau im Jahr 2024 und darüber hinaus. Bereits 11 % der Bevölkerung in Deutschland leben in überbelegten Wohnungen, sogar 16 % sind es in Städten.⁴

Auf absehbare Zeit ist keine Besserung auf dem Wohnungsmarkt von der Angebotsseite in Sicht.

Ein wesentlicher Grund für die sinkenden Zahlen der neu gebauten Wohnungen sind die gestiegenen Baukosten. Getrieben werden diese auch durch die immer strengeren energetischen Vorgaben. Seit der Einführung der ersten Wärmeschutzverordnung 1977 sank der Energiebedarf der Gebäude zwar beständig, aber die dem gegenüberstehenden Kosten stiegen überproportional. Im Bauforschungsbericht der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen wurde schon 2019 der Mehraufwand für die verschiedenen Energiestandards untersucht.⁵

Im Fokus standen die Energiestandards EH70, EH55 und EH40. Als Bezugsgrößen dienten auch die Werte der Wärmeschutzverordnung aus dem Jahr 1995 und der EnEV 2014 und 2016. Es zeigt sich, dass den steigenden Kosten immer geringere Einsparungen an Energie gegenüberstehen. So stiegen die Mediankosten beim Bauen nach Standard EH70 zu EH55 um 93 Euro/m² bei einer Energieeinsparung von lediglich 5 kWh/m² im Jahr. Die Mehrkosten von EH40 gegenüber EH55 betragen pro m² 113 Euro. Die erzielbaren Einsparungen liegen bei nur noch 4 kWh/m². Die erzielbaren Einsparungen sind also sehr gering gegenüber den Preissteigerungen. Hat man beim Übergang von der WSVO 1995 zu 2014 noch 2,22 Euro/m² für jede pro Jahr eingesparte Kilowattstunde bezahlt, hat sich mit dem Wechsel von EH55 zu EH40 der Preis für jede pro Jahr eingesparte Kilowattstunde auf 28,25 Euro/m² mehr als verzwölfacht. Die obigen Angaben galten für das Jahr 2019. In den letzten Jahren sind die

¹ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_074_3111.html (Zugriff am 03.05.2024)

² www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD24_105_3111.html (Zugriff am 03.05.2024)

³ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_156_3111.html (Zugriff am 03.05.2024)

⁴ www.gdw.de/media/2024/04/arge-studie-wohnungsbau-tag-2024.pdf (Zugriff am 03.05.2024)

⁵ www.zdb.de/fileadmin/publikationen/Weitere_Publikationen/ARGE-Studie-Gebaedesanierung-Baukosten.pdf (Zugriff am 03.05.2024)

Baupreise deutlich gestiegen und so liegt der Preis pro eingesparter Kilowattstunde Energie noch deutlich höher.

Dies würde sich nur unter der Annahme extrem hoher Energiekosten lohnen, welche durch die sogenannte Energiewende oder durch die Bepreisung von CO₂ entstehen würden und so die Bürger zur Nutzung der höchsten Niedrigenergiestandards zwingen.

Mangels nennenswerten, gar nachteiligen Einflusses von CO₂ darf die derzeitige Klimapolitik jedoch kein Maßstab für die Energiebereitstellung sein. Selbst wenn man dennoch die Vermeidung von CO₂ anstrebt, wäre der Vorteil in Bezug auf die Emissionsbilanz zwischen den verschiedenen Gebäudeklassen fraglich. Das Umweltbundesamt gibt die pro kWh Strom verursachten Kohlendioxidäquivalente für 2022 mit 498 g an.⁶ Bei der oben genannten Energieeinsparung von 9 kWh/m² und Jahr von EH70 zu EH40 ergibt sich somit pro m² und Jahr eine Einsparung von ca. 4.500 g. Bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von weniger als 50 m² pro Person,⁷ ergibt sich ein Einsparpotenzial von 225 kg (0,225 t) Kohlendioxidäquivalent pro Person. Laut Statistischem Bundesamt liegt der jährliche Ausstoß an Treibhausgasen bei 10,8 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Kopf. Es ergibt sich trotz eines beträchtlichen finanziellen und materiellen Aufwandes eine geringe Einsparung von 2 % pro Kopf. Hier ist noch nicht dagegengerechnet, welcher Mehraufwand an Emissionen durch den erhöhten Bedarf an Baumaterial und durch dessen spätere Entsorgung entsteht. Die tatsächliche Einsparung ist also noch deutlich geringer.

Am 12.03. wurde die neue Gebäuderichtlinie (EPBD) verabschiedet. In ihr werden die grundlegenden Leitplanken für die weiteren Entwicklungen im Bereich Wohnen und Bauen für die Nationalstaaten festgelegt. Diese haben zwei Jahre Zeit, diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Ein wesentlicher Eckpunkt der verabschiedeten Richtlinie ist die Verpflichtung, bis 2030 16 % Primärenergie im Vergleich zu 2020 einzusparen. Die Sanierungsquote soll deutlich gesteigert werden. Dabei müssen mindestens 55 % der Energieeinsparungen durch die energetische Sanierung der 43 % Wohngebäude mit der schlechtesten Gesamtenergieeffizienz erzielt werden.⁸

Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen schätzt den Aufwand auf mindestens 140 Milliarden Euro bis 2030.⁹ Wie die Umsetzung dieser Ziele ohne einen Sanierungszwang für Einzelgebäude in nationales Recht erfolgen soll, ist bisher unklar.

Anfang Mai berichtete der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) über einen weiteren Einbruch der Verkaufszahlen von Wärmepumpen im ersten Quartal 2024.¹⁰ Um 52 % brach der Verkauf gegenüber dem Vorjahresquartal ein. Es wurden 46.000 Geräte verkauft. Hochgerechnet auf das ganze Jahr wären dies deutlich weniger als 200.000 Wärmepumpen. Damit würde das Ziel der Bundesregierung von jährlich 500.000 verkauften Wärmepumpen noch deutlicher verfehlt als 2023. Im letzten Jahr wurden 356.000 Wärmepumpen verkauft.¹¹ Demgegenüber stehen 696.500 verkaufte Gasheizungen.¹² Der Anteil moderner Gasbrennwertkessel am Heizungsmarkt hat sich also deutlich erhöht. Dies, obwohl die Bundesregierung mit Förderprogrammen versucht, den Absatz von Wärmepumpen zu erhöhen.

⁶ www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/energieversorgung/strom-waermeversorgung-in-zahlen#Strommix

⁷ www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N041_31.html#:~:text=Rein%20rechnerisch%20hatte%20eine%20Person,1%2C8%20Wohnr%C3%A4ume%20pro%20Person.

⁸ www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0129_DE.html#title2 (Zugriff am 03.05.2024)

⁹ www.hausundgrund.de/keine-eu-mindestenergiestandards-fuer-einzelne-gebäude (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁰ www.bdh-industrie.de/presse/pressemitteilungen/artikel/heizungen-absatz-bricht-im-ersten-quartal-2024-ein (Zugriff am 03.05.2024)

¹¹ www.waermepumpe.de/presse/zahlen-daten/absatzzahlen/ (Zugriff am 03.05.2024)

¹² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/379021/umfrage/marktentwicklung-von-gasheizungen-in-deutschland/> (Zugriff am 03.05.2024)

Das Ideenpapier aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Green Paper Transformation Gas-/Wasserstoff-Verteilernetze) verunsichert die Verbraucher, durch Planungen, das Gasnetz zurückzubauen bzw. stillzulegen. Laut diesem Papier soll es möglich sein, Gasnetzkunden zu kündigen, wenn es für die „Transformation der Gasverteilernetze“ notwendig erscheint.¹³ Das deutsche Gasverteilnetz, mit seiner Länge von ca. 550.000 km¹⁴, ist die Grundlage der bisherigen sicheren Wärmeversorgung im Land. Es wurde über Jahrzehnte aufgebaut. Noch immer werden rund 72 % der Wohnungen mit fossilen Brennstoffen betrieben. Hinzu kommen 15 % Wohnungen, die mit Fernwärme versorgt werden.¹⁵ Die Fernwärme wird nur zu 17,5 % mit „erneuerbaren“ Energien erzeugt.¹⁶ Es werden trotz der Milliardenausgaben in den letzten Jahren für den Ausbau der Stromnetze, die Wärmepumpen, den Aufbau einer „Förderkulisse“ für Wärmepumpen und die mediale Beeinflussung immer noch rund 85 % aller Wohnungen mit Gas oder Öl geheizt. Für eine sichere und kostengünstige Wärmeenergiebereitstellung ist auf absehbare Zeit eine sichere Versorgung mit Gas notwendig. Ein Ausstieg aus der Gasversorgung ohne vorherige Bereitstellung alternativer kostengünstiger Heizmöglichkeiten wäre unverantwortlich.

Dass elektrische Wärmepumpen in der Masse keine Alternative sind, zeigt das Beispiel Oranienburg. Hier war vorübergehend ein Aufnahmestopp für neue Stromanschlüsse verhängt worden.¹⁷ Das deutsche Stromnetz ist nicht in der Lage, die flächendeckende Wärmeversorgung für Deutschland zu gewährleisten. Für den dafür notwendigen Um- und Ausbau der Stromnetze werden Hunderte von Milliarden Euro von den Bürgern bezahlt werden müssen.¹⁸

II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

1. die geltende Pflicht zum EH55-Standard bei Neubauten außer Kraft zu setzen und durch eine Empfehlung für den EH70-Standard zu ersetzen;
2. für die Sanierung von Bestandsbauten den EH85-Standard zu empfehlen;
3. die für Neubauten aus dem Gebäudeenergiegesetz folgende Pflicht zur anteiligen Erzeugung von Wärme aus „erneuerbaren“ Energien und dadurch das faktische Verbot von Öl- und Gasheizungen aufzuheben;
4. dass das für die Nutzung von Gasheizungen notwendige deutsche Gasleitungsnetz erhalten bleibt;
5. sämtliche Vorhaben zur sogenannten Energiewende zu unterlassen bzw. eine kostengünstige Wärme- sowie Energieversorgung unabhängig von der CO₂-Intensität auch mit regelbaren Kraftwerken anzustreben und auf die Abschaffung sämtlicher CO₂-Bepreisungen in Deutschland hinzuwirken;

¹³ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/G/green-paper-transformation-gas-wasserstoff-verteiler-netze.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁴ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/gas-erdgasversorgung-in-deutschland.html#:~:text=Das%20deutsche%20Gasnetz%20besteht%20zum,555.000%20Kilometern. (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁵ <https://de.statista.com/infografik/27327/anteil-der-energetraeger-beim-heizen-des-wohnungsbestandes-in-deutschland/> (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁶ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2022/02/04-im-fokus-gruene-waerme.html#:~:text=Fernw%C3%A4rme%20kommt%20bislang%20C3%BCberwiegend%20aus,so-wohl%20Strom%20als%20auch%20W%C3%A4rme. (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁷ www.t-online.de/finanzen/aktuelles/wirtschaft/id_100388434/oranienburg-am-limit-ueberlasten-waerme-pumpen-die-stromnetze-.html (Zugriff am 03.05.2024)

¹⁸ www.focus.de/finanzen/steuern/rund-200-milliarden-euro-zusaetzlich-notwendig-kosten-fuer-netzausbau-steigen-doch-ihre-abgaben-bleiben-fast-gleich_id_259608878.html (Zugriff am 03.05.2024)

6. grundsätzlich eine Diskriminierung bei den Gebäudeenergieklassifizierungen in Deutschland durch unterschiedliche Vorgaben bei der Ausarbeitung des nationalen Gebäudesanierungsplanes in den EU-Ländern zu verhindern.

Berlin, den 13. November 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion